

Leonie Breunung/Hubert Treiber

Recht als Handlungsressource kommunaler Industrieansiedlungs politik



Nomos

FUNDAMENTA JURIDICA
Beiträge zur rechtswissenschaftlichen
Grundlagenforschung

Band 51

Herausgegeben von
Jürgen Frank, Joachim Rückert, Hans-Peter Schneider
und Manfred Walther (geschäftsführend)

Dr. Leonie Breunung/Prof. Dr. Hubert Treiber

Recht als Handlungsressource kommunaler Industrieansiedlungspolitik

Zum Gebrauch und Verzicht von Recht bei ungleicher
Machtverteilung: Ergebnisse einer Langzeitfallstudie



Nomos

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8329-1592-3

1. Auflage 2005

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005. Printed in Germany. Alle Rechte,
auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der
Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Der vorliegenden Untersuchung liegt der historische Fall eines größeren Industrieunternehmens zugrunde, das seine in Innenstadtnähe gelegenen Werksflächen in den umliegenden Baubestand hinein erheblich erweitert und nach Erschöpfen der räumlichen Ausdehnungsmöglichkeiten das gesamte Werk in eine Nachbargemeinde verlagert hat. Die Studie hätte ohne das Entgegenkommen der Standortgemeinde, die uns die ihr zu diesem Fall verfügbaren Archivalien zugänglich gemacht hat, nicht durchgeführt werden können. Für dieses großzügige Entgegenkommen, das auch die Gewährung von Interviews durch leitende Repräsentanten der Kommune einschloß, sei ausdrücklich Dank gesagt. Die Lokalzeitung hat uns freundlicherweise ihre gesondert archivierte, ausführliche Berichterstattung zu dem Industrieunternehmen überlassen. Gerd Graßhoff (Universität Bern) war so freundlich, einige der im Buch gezeigten Abbildungen für die Reproduktion zu digitalisieren. Zu danken haben wir ferner der Volkswagen-Stiftung (Hannover), welche das diesem Buch zugrunde liegende Forschungsprojekt finanziell gefördert und für die Drucklegung einen erheblichen Zuschuß gewährt hat. Besonderer Dank gebührt auch dem Freundeskreis der Universität Hannover e.V., der zur vollständigen Abdeckung der Druckkosten ein gesondertes Spendenkonto eingerichtet hat. All denjenigen, die sich als Privatpersonen mit einem finanziellen Beitrag für diesen Zweck engagiert haben, sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Den Herausgebern der »Fundamenta Juridica« sei für die Aufnahme in die Reihe ebenfalls Dank gesagt.

Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß die in die untersuchten Entscheidungsprozesse involvierten Personen in der vorliegenden Studie nur in anonymisierter Form in Erscheinung treten (ausgenommen diejenigen, die in einem lokalgeschichtlichen Rückblick genannt werden). Etwaig vorkommende Namensgleichheiten sind rein zufälliger Natur und erlauben keinen Rückschluß auf die jeweilige Identität der mit dem Pseudonym bezeichneten Person.

Unser Kollege, Prof. Dr. jur. Kay Waechter, hat uns wiederholt kompetent beraten. Besonders gefreut hat uns, daß sich der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Dr. Jürgen Kühling, bereit gefunden hat, die hiermit vorgelegte Studie mit einem Nachwort zu versehen.

Leonie Breunung/Hubert Treiber

Zur Reihe

Die *Fundamenta Juridica* vereinigen seit 1985 Abhandlungen zur rechts-wissenschaftlichen Grundlagenforschung. Wenn auch die Wissenschaftlichkeit der Jurisprudenz immer wieder umkämpft war und sein wird, wurde doch ebenso hartnäckig über den juridischen Tagesbetrieb hinaus nach Gründen und Zusammenhängen gefragt.

Für Analysen, die derart Gründe und Zusammenhänge aufgespürt haben, wollen die Herausgeber ein hilfreiches Forum schaffen, sie ermutigen und zusammenführen. Es gab und gibt viel Anlaß und Gelegenheit, im Grenzgang zwischen Jurisprudenz und den gesamten Sozialwissenschaften rechtswissenschaftliche Grundlagenforschung zu betreiben, alte Methoden neu zu erproben und neue kennenzulernen. Aus diesem immer noch jungen Prozeß sind eine Reihe grundlegender Arbeiten hervorgegangen.

Die *Fundamenta Juridica* sollen auch in Zukunft für solche Studien das äußere Band schaffen. Wegen des Tätigkeitsortes der Mehrheit der Herausgeber und wegen der beschriebenen Zielsetzung wird es sich vorwiegend um Hannoversche Beiträge handeln.

Hannover 1995

Die Herausgeber

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	13
-------------	----

I.	Der Fall: Eine Stadt im Konflikt zwischen Förderung und Abwehr der Expansion ihres zweitgrößten Industriebetriebs und die langfristigen Folgen	17
1.	Grobskizze des Untersuchungsfalls	17
2.	Was am Fall im Hinblick auf Recht als Handlungsressource interessiert	18
3.	Untersuchungsmaterial für die Fallrekonstruktion	27
4.	Gang der Darstellung	28
II.	Kommunalgeschichtliche Grundlagen zur Fallstudie: Ausgewählte Entwicklungslinien der Stadt und ihrer wirtschaftlichen Infrastruktur	31
1.	Aspekte der allgemeinen Entwicklung der Stadt	31
1.1.	Kommunalpolitische Entwicklung	31
1.2.	Bevölkerungsentwicklung	33
1.3.	Topographie und städtebauliche Entwicklung des Stadtbezirks Geislingen	34
2.	Wirtschaftliche Entwicklung: Tragende Industrie- und Gewerbebetriebe sowie Versorgungsbetriebe	36
2.1.	Entwicklungsstadien der Maschinenfabrik Geislingen (MAG)/Heidelberger Schnellpressenfabrik AG/Heidelberger Druckmaschinen (HDM)	36
2.2.	Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF)	41
2.3.	Süddeutsche Baumwoll-Industrie AG (SBI)	43
2.4.	Grube Karl	45
2.5.	Carl Maurersche Buchdruckerei (1), Bauunternehmung KG Eugen Heller (2), Eisen- und Sanitärgroßhandlung Leonhard Hagmeyer (3)	46

2.6. Geislanger Siedlungs- und Wohnungsbau GmbH (GSW)	48
2.7. Städtische Stromversorgung: Alb-Elektrizitätswerk (AEW)	48
2.8. Städtische Wasserversorgung	50
2.9. Resümee	51
III. Fallanalyse Teil 1: Ausdehnungsphase der Maschinenfabrik (1950-1965)	52
1. Überblick über die kommunalpolitische Entwicklung der Stadt bis 1965	52
1.1. Institutionen und Personal der kommunalen (Selbst) Verwaltung	52
1.1.1. Gemeinderat (GR)	53
1.1.2. Oberbürgermeister	57
1.1.3. Stadtverwaltung	62
1.2. Bemühungen der Stadt um Wiedererrichtung des früheren Ober- amts Geislingen	67
1.3. Wirtschaftliche (gewerbliche und industrielle) Ausgangssituation nach dem Krieg	69
2. Betriebliche und räumliche Erweiterung der MAG	73
2.1. Überblick über den Erweiterungsprozeß	73
2.1.1. Ausgangsbestand des Unternehmens nach dem Krieg	73
2.1.2. Hauptphasen der Erweiterung	75
2.1.2.1. Entwicklung der Heidelberger Schnellpressenfabrik	75
2.1.2.2. Entwicklung des Geislanger Zweigwerks	76
2.2. Verlauf der Erweiterungsphasen im einzelnen	81
2.2.1. Ausbau und Ausweitung des angestammten Betriebsareals in den benachbarten Wohn- und Kleingewerbebereich (Werksteil I) (1951-1969)	81
2.2.1.1. Ausbau bestehender Werksanlagen (Grunderwerb an der Bismarckstraße) (1951/52)	81
2.2.1.2. Erweiterung des Betriebsareals für neue Werksanlagen	83
2.2.1.2.1. Grunderwerb im Bereich der Schillerstraße (1952-1954/55)	83
2.2.1.2.2. Grunderwerb im Bereich der Römerstraße (1953-1954/55; 1959)	89
2.2.1.2.3. Weiterer Grunderwerb im Bereich der Bismarckstraße	92
2.2.1.2.3.1. Erwerb des Geislanger Schlachthauses (1954/55)	92
2.2.1.2.3.2. Erwerb (weiterer) privater Wohnhäuser (1954-1956; 1959/60)	124
2.2.1.2.3.3. Erwerb des mittleren Teils der Bismarckstraße (1955; 1956)	130

2.2.1.3.	Verlegung des ursprünglich für das Geislanger Zweigwerk geplanten Werkstättenprojekts für den Aufbau einer neuen Produktionslinie zum Heidelberger Zweigwerk Wiesloch (1956)	159
2.2.1.4.	Weitere Verdichtung im (erweiterten) Werksteil I (Bauprojekte in den Jahren 1960-1969)	168
2.2.1.5.	Umweltbelästigung der Oberen Stadt durch die MAG (1955-1976)	174
2.2.1.5.1.	Einsprüche von MAG-Anwohnern gegen die Genehmigung einer weiteren Kupolofenanlage in der Gießerei (1955)	174
2.2.1.5.2.	Anwohnerbeschwerden gegen anhaltende Umweltbelastungen durch die MAG (1956/57)	184
2.2.1.5.3.	Förmliche Gewerbeaufsichtsbeschwerde gegen die MAG (1958)	186
2.2.1.5.4.	Nachträgliche Anordnung zur Nachrüstung der Kupolofenanlagen in der (Groß-) Gießerei auf Grund anhaltender Belästigungen bzw. Anwohnerbeschwerden (1968)	194
2.2.1.5.5.	Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer Sandregenerierungsanlage in der Gießerei (1975/76)	197
2.2.1.5.6.	Abwanderung der angestammten Wohnbevölkerung als Folge der Umweltbelästigung durch die MAG	208
2.2.2.	Aufbau eines weiteren Werksteils auf dem sich an die Obere Stadt anschließenden Gelände der sog. Schießwiesen (Werkteil II) (1960-1964)	209
2.2.2.1.	Grunderwerb für den Werkteil (1959/60)	209
2.2.2.2.	Errichtung von Wohnbaracken für ausländische Arbeiter (1959/60-1964)	211
2.2.2.3.	Errichtung einer Fabrikhalle für Werkzeugbau (1960/61)	215
2.2.2.4.	Errichtung eines Tanklagers für Heizöl (1961)	220
2.2.2.5.	Errichtung einer Gießerei für Kleingußteile (1961-1964)	222
2.2.3.	Ausbau des außerhalb des städtischen Siedlungsbereichs gelegenen Lagerplatzes am Weißen Weg (Werkteil III) (1952-1968)	228
2.2.3.1.	Planung eines Hubschrauberlandeplatzes (1964/65)	229
2.2.3.2.	Errichtung einer Müll- und Abfallverbrennungsanlage (1968)	231
3.	Der MAG-Erweiterungsprozeß als Ergebnis unterschiedlicher privater und kommunaler Handlungspotentiale im Bereich der Industrie(ansiedlungs)politik	231
3.1.	Das Analysekonzept: Recht als interessen- und strategieabhängige Handlungsressource	231
3.2.	Strukturelle Rahmenbedingungen des MAG-Erweiterungsprozesses	233
3.2.1.	Bauplanungsrecht	233
3.2.2.	Kommunale Finanzverfassung	239

3.2.3.	Süddeutsche Ratsverfassung	244
3.3.	Das strategische Management der Heidelberger Schnellpressenfabrik	250
3.3.1.	Zeit- und Informationsmanagement: Erzeugen von Entscheidungsdruck	251
3.3.2.	Kostenmanagement: Überwälzen von Investitions- und Transaktionskosten	255
3.3.3.	Verhandlungsmanagement: Das Wechselspiel von Versprechungen und Drohungen	260
3.3.4.	Juristisches Management: Das Schaffen von Fakten	271
3.4.	Das strategische Konzept der Stadt	281
3.4.1.	Industriestadt als Stadtentwicklungsziel	281
3.4.2.	Systematischer Verzicht auf Recht bzw. Rechtsdurchsetzung	289
3.4.3.	Marginalität des Rechts als Handlungssressource in der kommunalen Industrie(ansiedlungs)politik	303
4.	Exkurs: Restringierte Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Mittelzentrums Geislingen: Die baden-württembergische Gemeinde- und Verwaltungsreform und ihre Folgen (1972-1975).	306
4.1.	Einleitung	306
4.2.	Kreisreform: Enttäuschte Hoffnungen	307
4.3.	Eingemeindungspolitik – eine Politik des »muddling through«?	316
4.4.	Zum Eigeninteresse des Mittelzentrums am Erhalt seiner Entscheidungsautonomie	324
4.5.	Motive und Kosten der Eingemeindungspolitik des Mittelzentrums	341
4.6.	Schlußfolgerung	356
IV.	Fallanalyse Teil 2: Weggang der MAG aus der Stadt und die Folgen für die Stadt (1977 – Ende der 1990er Jahre)	359
1.	Überblick	359
2.	Vorbereitung und Durchführung der MAG-Verlegung in den Nachbarort Amstetten	363
2.1.	Auslöser für die Werksverlegung und genehmigungsrechtliche Durchsetzung der Neuansiedlung	363
2.2.	Reaktionen der Stadt, des LK Göppingen und der Nachbargemeinde Kuchen auf den Verlegungsbeschuß	374
3.	Erwerb des Werksteils I durch die Stadt (1977-1986)	393
3.1.	Ausgangspositionen der HDM und der Stadt	393

3.2. Aufnahme von Vorverhandlungen für einen möglichen Erwerb des Werksteils I durch die Stadt	402
3.3. Aufnahme von Verkaufsverhandlungen für den Erwerb des Werksteils I durch die Stadt	416
3.4. Aushandlung des Kaufpreises für den Werkstein I	429
4. Städtebauliche Neuordnung des MAG-Kerngeländes (Werkteil I)	443
4.1. Grundzüge der Planung und Entwicklung	443
4.2. Endgültige städtebauliche Gestaltung und Nutzung des Geländes	446
4.2.1. Komplex I: Büro- und Kulturhaus mit Parkhaus	446
4.2.2. Komplex II: Altenzentrum (Altenpflegeheim und Altenwohnungen)	451
4.2.3. Komplex III: MAG-Galerien	453
4.3. Gesamtinvestition in die Neugestaltung und Eigenanteil der Stadt	458
5. Altlastensanierung des Werksteils I durch die Stadt als vertraglich übernommene Folgekosten des Erwerbs	459
5.1. Die vertragliche Regelung des Altlastenproblems (»Altlasten-passus«)	459
5.2. Entwicklung des Sanierungsaufwands (Kosten und Finanzierung)	466
5.3. Ermittlung und Entwicklung des Sanierungsbedarfs im einzelnen	480
5.4. Bemühungen der Stadt um eine Beteiligung der HDM an den Sanierungskosten	509
6. Die Rolle des Rechts bei der Umsiedlung des Zweigwerks in die Nachbargemeinde: Strategien der prospektiven Profiteure (HDM, Amstetten, LK Alb-Donau) und Verlierer (Geislingen, Lk Göppingen)	517
7. Erwerb des MAG-Kernareals durch die Stadt: Privatrechtliches Handeln als Alternative zu hoheitlichem Vorgehen	524
7.1. Rechtlicher Handlungsrahmen der Stadt	524
7.2. Das strategische Konzept der HDM	536
7.3. Das strategische Konzept der Stadt	544
7.4. Bedingte Überlegenheit privatrechtlichen Handelns als Instrument kommunaler Politik	555
V. Nachwort	558
Literaturverzeichnis	561

Abkürzungen

<i>a. o.</i>	außerordentlich
<i>ABG</i>	Aufbaugesetz
<i>AbwS</i>	Abwassersatzung
<i>AEW</i>	Abwasserentzündlichkeitwerk
<i>AfU</i>	Amt für Umweltschutz
<i>AG</i>	Amtsgericht
<i>AO</i>	Abgabenordnung
<i>ARGE</i>	Arbeitsgemeinschaft
<i>Art.</i>	Artikel
<i>BA</i>	Bauausschuß
<i>Bad.-Württ.</i>	Baden-Württemberg
<i>bad.-württ.</i>	baden-württembergisch
<i>BAG</i>	Bundesarbeitsgericht
<i>BA-P</i>	Sitzungsprotokoll des Bauausschusses des Geislinger GR
<i>BauGB</i>	Baugesetzbuch
<i>BauNVO</i>	Baunutzungsverordnung
<i>BauRegVO</i>	Bauregelungsverordnung
<i>BBauG</i>	Bundesbaugesetz
<i>BD</i>	Baudirektor
<i>BGH</i>	Bundesgerichtshof
<i>BHE</i>	Bund der Heimatvertriebenen und Entreichten
<i>BImSchG</i>	Bundesimmissionsschutzgesetz
<i>BM</i>	Bürgermeister
<i>BMA</i>	Bürgermeisteramt
<i>BMW</i>	Bayerische Motorenwerke
<i>BO</i>	(Württ.) Bauordnung
<i>B-Plan</i>	Bebauungsplan
<i>BVA</i>	Bauverwaltungsamt
<i>BWU</i>	Institut »Boden-Wasser-Untergrund« für Hydrogeologie u. Umweltgeologie
<i>CDU</i>	Christlich-Demokratische Union
<i>CKW</i>	Chlorkohlenwasserstoffe
<i>CSP</i>	Christlich-Soziale Partei
<i>d. J.</i>	des Jahres
<i>d. M.</i>	des Monats
<i>DB</i>	Deutsche Bundesbahn

<i>DG</i>	Deutsche Gemeinschaft
<i>DGO</i>	Deutsche Gemeindeordnung (von 1935)
<i>DGOA</i>	(württ.-bad.) Anwendungsgesetz Nr. 30 zur DGO
<i>DRK</i>	Deutsches Rotes Kreuz
<i>DVO</i>	Durchführungsverordnung
<i>DVP</i>	Deutsche Volkspartei
<i>E</i>	Einwohner
<i>EVS</i>	Energieversorgung Schwaben
<i>FAG</i>	Finanzausgleichsgesetz
<i>FDP</i>	Freie Demokratische Partei
<i>Flst.</i>	Flurstück(e)
<i>F-Plan</i>	Flächennutzungsplan
<i>FrA</i>	Förderrichtlinien Altlasten
<i>FrWw</i>	Förderrichtlinien Wasserwirtschaft
<i>FW</i>	Freie Wähler
<i>FWV</i>	Freie Wählervereinigung
<i>GAA</i>	Gewerbeaufsichtsamt
<i>GBA</i>	Gesellschaft für Bodenbearbeitung und Altlastensanierung mbH
<i>GBl.</i>	Gesetzblatt
<i>GemHVO</i>	Gemeindehaushaltsverordnung
<i>GemO</i>	(bad.-württ.) Gemeindeordnung
<i>GewO</i>	Gewerbeordnung
<i>GfK</i>	Gesellschaft für Konsumförderung
<i>GHH</i>	Gutehoffnungshütte
<i>GMA</i>	Gesellschaft für Markt- u. Absatzforschung
<i>GMBL.</i>	Gemeinsames Ministerialblatt
<i>GOG</i>	Geschäftsordnung für den Gemeinderat
<i>GPA</i>	Gemeindeprüfungsanstalt
<i>GR</i>	(Geislinger) Gemeinderat
<i>GR-Drs.</i>	Gemeinderatsdrucksachen
<i>GR-P</i>	Sitzungsprotokoll des (Geislinger) GR
<i>GSW</i>	Geislinger Siedlungswerk
<i>GU</i>	Generalunternehmer
<i>GVF</i>	Gasversorgungsgesellschaft Filstal mbH
<i>GVFG</i>	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
<i>GVS</i>	Gasversorgung Süddeutschland
<i>GZ</i>	Geislinger Zeitung
<i>HBA</i>	Hochbauamt
<i>HDM</i>	Heidelberger Druckmaschinen AG
<i>IBB</i>	Industrielles Bauen Betreuungsgesellschaft mbH
<i>IHK</i>	Industrie- u. Handelskammer

<i>KE</i>	Kommunalentwicklung Baden-Württemberg GmbH
<i>KEG</i>	Kommunale Planungs-, Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft Baden-Württemberg
<i>KEP</i>	Kreisentwicklungsprogramm
<i>KPD</i>	Kommunistische Partei Deutschlands
<i>KW</i>	Mineralölkohlenwasserstoffe
<i>LAG</i>	Lastenausgleichsgesetz
<i>LBO</i>	Landesbauordnung
<i>LEG</i>	Landesentwicklungsgesellschaft Bad.-Württ. mbH
<i>LfU</i>	Landesanstalt für Umweltschutz
<i>LK</i>	Landkreis
<i>LplG</i>	Landesplanungsgesetz
<i>LRA</i>	Landratsamt
<i>LVG</i>	Landesverwaltungsgesetz
<i>MAG</i>	Maschinenfabrik Geislingen
<i>MP</i>	Ministerpräsident (Bad.-Württ.)
<i>MWSt</i>	Mehrwertsteuer
<i>nö</i>	nichtöffentlich(e) (Sitzung)
<i>NS</i>	Nationalsozialistisch
<i>NSDAP</i>	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
<i>NWZ</i>	Neue Württembergische Zeitung
<i>ö</i>	öffentlich(e) (Sitzung)
<i>OB</i>	Oberbürgermeister
<i>OFD</i>	Oberfinanzdirektion
<i>PAK</i>	polyzyklisch aromatische Kohlenwasserstoffe
<i>Parz.</i>	Parzelle
<i>PES</i>	Programm Einfache Stadterneuerung
<i>RA</i>	Rechtsanwalt
<i>RAD</i>	Reichsarbeitsdienst
<i>Rdn.</i>	Randnummer
<i>RM</i>	Reichsmark
<i>RP</i>	Regierungspräsidium bzw. Regierungspräsident
<i>RPA</i>	Rechnungsprüfungsamt für die örtliche Prüfung der Haushaltsrechnung
<i>RV</i>	Regionalverband
<i>RV MN</i>	Regionalverband Mittlerer Neckar
<i>RWE</i>	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
<i>SBI</i>	Süddeutsche Baumwolle-Industrie AG
<i>SE</i>	Städtebauliches Entwicklungsprogramm (nach § 72 Städtebauförderungsgesetz)
<i>SKA</i>	Sammelkläranlage

<i>SPW</i>	Süddeutsches Präzisionswerk KG (Geislingen)
<i>StBauFG</i>	Städtebauförderungsgesetz
<i>StR</i>	Stadtrat
<i>StRe</i>	Stadträte
<i>StVO</i>	Straßenverkehrsordnung
<i>SW</i>	Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- u. Städtebau mbH
<i>SWI</i>	Siedlungswerk Infrastruktur GmbH
<i>TA</i>	Technischer Ausschuß
<i>TA-P</i>	Sitzungsprotokoll des Technischen Ausschusses des (Geislanger) GR
<i>TBA</i>	Tiefbauamt
<i>THW</i>	Technisches Hilfswerk
<i>TÜV</i>	Technischer Überwachungsverein
<i>UeP</i>	Überparteilicher Wahlvorschlag
<i>US</i>	United States
<i>UWG</i>	Unabhängige Wählergemeinschaft
<i>VA</i>	Verwaltungsausschuß
<i>VA-P</i>	Sitzungsprotokoll des Verwaltungsausschusses des (Geislanger) GR
<i>VDI</i>	Verein Deutscher Ingenieure
<i>VG</i>	Verwaltungsgericht
<i>VGH</i>	Verwaltungsgerichtshof
<i>VHS</i>	Volkshochschule
<i>VOB</i>	Verdingungsordnung für Bauleistungen
<i>VU</i>	Vorbereitende Untersuchungen
<i>VV</i>	Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft
<i>VwGO</i>	Verwaltungsgerichtsordnung (vom 21.1.1960)
<i>WdV</i>	Wählergemeinschaft der Vertriebenen
<i>WEG</i>	Wohnungseigentumsgesetz
<i>WMF</i>	Würtembergische Metallwarenfabrik AG
<i>WSE</i>	Wüstenrot Städtebau- u. Entwicklungsgesellschaft mbH
<i>württ.</i>	württembergisch
<i>Württ.</i>	Württemberg
<i>WWA</i>	Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz (Wasserwirtschaftsamt)
<i>ZIP</i>	Zunkunftsinvestitionsprogramm